



Vom Regen in die Traufe

Die Regierung hat nach den verheerenden Stürmen auf den Philippinen versagt.
von Bianca Miglioretto¹

„Die Gefahr, bei einer Katastrophe ums Leben zu kommen, ist für Frauen und Kinder 14mal höher als für Männer.“ Jean D'Cunah, regionale Programmdirektorin von UNIFEM Ost- und Südostasien

Bei den Überschwemmungen und Erdbeben ausgelöst durch die beiden tropischen Stürme *Ketsana* (Philippinischer Name *Ondoy*) und *Parma* (*Pepeng*), die Ende September und Anfang Oktober 2009 die Philippinen heimsuchten und über 800 Menschenleben forderten, wurde der Situation der Betroffenen und der speziellen Gefahr, der Frauen und Kinder ausgesetzt sind, von Regierungsseite wenig Aufmerksamkeit entgegen gebracht. Es waren in erster Linie Organisationen und Einzelpersonen aus der Zivilgesellschaft, die Soforthilfe leisteten und die betroffene Bevölkerung am meisten unterstützten.²

Jean D'Cunah sprach während des *Asien Pazifik NGO-Forums zu Peking+15* Ende Oktober 2009 in Manila darüber, wie Frauen, Männer und Kinder unterschiedlich von der Klimaveränderung und Katastrophen betroffen sind und welche Massnahmen dringend nötig sind, um diesen Unterschieden Rechnung zu tragen. Im Folgenden werde ich auf das Versagen der philippinischen Regierung und die überwältigende Unterstützung der Zivilgesellschaft eingehen. Zitate von Jean D'Cunah heben die Geschlechterperspektive hervor.

Vier Tage nach den grossen Überschwemmungen in Manila durch den Sturm *Ketsana* begleitete ich die Parteiliste der Frauenorganisation GABRIELA (GWP) bei einer Hilfsaktion in San Mateo, einem betroffenen äusseren Stadtviertel von Manila. Die meisten Familien lebten in einfachen Häusern am Flussufer und verloren alles. 50 Familien fanden auf dem überdachten Basketballfeld des Nachbarviertels Zuflucht, auf ausgebreiteten Kartonschachteln und ohne Kochgelegenheit.



Die GWP-Aktion schien gut organisiert. Am Morgen verteilte die Frauenorganisation des betroffenen Armenviertels Essensmarken, je nach Grösse der Familie. Als die GWP vor Ort eintraf, waren die 700 Essenspakete innerhalb von 30 Minuten ohne Probleme verteilt. Die GWP war die erste Organisation, die Hilfe brachte. Seit dem ersten Tag nach dem Sturm kochte und verteilte die lokale Frauenorganisation täglich drei einfache Mahlzeiten aus Gemüse und Reis, den sie von der GWP erhalten hatten.

„Evakuierungszentren sind selten frauenfreundlich. Bei den Hilfsgütern fehlen oft Hygieneartikel, wie Monatsbinden und Unterwäsche für Frauen. Toiletten sind oft an isolierten Orten und es gibt keine separaten WCs für Frauen und Männer, was zur sexuellen Belästigung von Frauen führt. Es besteht keine Privatsphäre, was für menstruierende, schwangere und stillende Frauen besonders schwierig ist.“

Hilfe aus der Bevölkerung

Die Aktion der GWP ist nur eine von unzähligen Hilfsaktionen der Zivilgesellschaft. Die grossen Medieninstitutionen sammelten und verteilten Kleider und Lebensmittel. Viele private Firmen spendeten Wasser, Lebensmittel, Unterwäsche oder führten Gesundheitsmissionen durch. Unzählige NGOs und Volksorganisationen waren fast 24 Stunden auf den Beinen, halfen bei Aufräumarbeiten und leisteten psychologische Unterstützung. Spenden kamen aus dem ganzen Land, vor allem aus Regionen, die in früheren Jahren von Stürmen heimgesucht wurden und somit selbst zuvor auf die Hilfe aus Manila angewiesen waren. Zivilpersonen waren oft als erste zur Stelle: Die Medien berichteten über einen jungen Bauarbeiter, der über 30 Personen aus den Fluten rettete, ehe er vor Erschöpfung selbst ertrank.

¹ Bianca Miglioretto, im Einsatz für GVOM bei Isis International auf den Philippinen. Sie war bei den Stürmen vor Ort. Mehr Informationen zur Autorin und ihrer Arbeit auf ihrer Website www.tinig.ch.

² Auszüge aus diesem Artikel sind erschienen in der Zeitschrift südostasien 4/2009 der Südostasien Informationsstelle www.asienhaus.de

Ebenso wurde ein Geschäftsmann portraitiert, der erfuhr, dass seine Eltern auf dem Dach ihres Hauses in einem Mittelklasseviertel festsassen. Er kaufte kurzerhand ein Schlauchboot mit Motor und fuhr ins überschwemmte Gebiet. Er war der erste, der zur Rettung der Leute in dieses Viertel kam. Viele der Rettungsaktionen wurden von Zivilpersonen via Mobiltelefone und Internetseiten wie *Facebook* und *Friendster* koordiniert.

Ohne die riesige Soforthilfe von Seiten der Zivilgesellschaft wären die Auswirkungen um einiges schlimmer gewesen. Denn die Regierung hat auf jeder Ebene kläglich versagt. Ein Kommentator im *Philippine Daily Inquirer* schrieb, die Regierung habe aufgehört zu regieren. Eine andere Kommentatorin erklärte, der tropische Sturm *Ondoy* mache auch der Mittelklasse, die sich sonst gerne auf die Regierung verlasse, klar, dass sie im Ernstfall auf sich alleine gestellt sei.

„Für Frauen ist es oft schwieriger, sich auf einen Baum, ein Dach, ein Floss oder in ein Boot zu retten, da solche Aktivitäten als knabenhaft und männlich gelten und Frauen dies selten in ihrem Alltag tun. Viel weniger Frauen als Männer haben je schwimmen gelernt.“

Keine Warnung – eine unvorbereitete Regierung

Fast drei Millionen Menschen sind in Metro Manila und den umliegenden Provinzen vom Sturm *Ketsana* betroffen. 80 Prozent der Provinz Pangasinan wurde durch *Parma* überflutet und der grösste Teil der Reisernte ist zerstört. *Ketsana* war jedoch bei weitem nicht der schlimmste Sturm, der über die Philippinen hinwegfegte. Die Stürme *Millenium* in 2004, *Reming* in 2006 und in 2008 *Frank* haben deutlich mehr Menschen das Leben gekostet. All diese Stürme und die jährlichen Überschwemmungen in Manila machen die Wichtigkeit von Katastrophenbereitschaft deutlich. Die philippinische Regierung war jedoch völlig unvorbereitet. Es gab weder eine Überschwemmungswarnung, noch Evakuierungspläne oder Katastropheneinsatzpläne, geschweige denn Rettungsboote oder Helikopter, die auf die Hilferufe hätten reagieren können.

Unzureichende Wettervorhersagen

Die staatliche Wetterstation PAGASA ist laut dem *Philippine Daily Inquirer* eine der am schlechtesten ausgerüsteten Institutionen des Ministeriums für Wissenschaft und Technik (DOST). Nun soll PAGASA im nächsten Jahr das Budget um 15 Prozent gekürzt werden. Auf Grund der Klimaveränderungen sind in der Zukunft mehr und stärkere Unwetter zu erwarten. PAGASA kann dabei nicht einmal die ungefähre Menge der Niederschläge voraussagen. Ihre Warnung in den Medien war bei *Ketsana* völlig unzureichend. Bei *Parma* warnte PAGASA in Manila dafür im Übermaß, was zu Panikeinkäufen führte. Seither überschlägt man sich bei der Wetterstation in Superlativen und jeder neue Taifun ist ein

„supermega“ Sturm, was im schlimmsten Fall dazu führen könnte, dass die Sturmwarnungen von PAGASA in Zukunft nicht mehr ernst genommen werden.

Unverantwortliches Öffnen der Staudamm-schleusen

Die Betreiber der Angat-, Wawa- und Ipodämme (Stromkraftwerke) nördlich von Manila und des De la Mesa Damms (Wasserreservoir) haben völlig verantwortungslos reagiert, und während der grössten Regenfälle unkoordiniert und ohne Vorwarnung riesige Mengen Wasser abgelassen. Dies führte dazu, dass der Wasserpegel rasend schnell anstieg und sich viele Menschen nur noch auf das Dach ihres Hauses oder, wo vorhanden, in ein höheres Stockwerk retten konnten. Sie mussten all ihr Eigentum den Fluten überlassen. Die Dammbetreiber liessen anschliessend verlauten, schuld an den Überschwemmungen seien allein die überdurchschnittlich hohen Niederschläge, nicht das Öffnen der Schleusen. Dass es ohne Probleme auch anders ginge, zeigten dieselben Betreiber vor dem Sturm *Parma*: Sie informierten die Bevölkerung über die Medien, dass sie die Schleusen reguliert öffnen würden und es dadurch zu einer Erhöhung des Wasserspiegels kommen könne.

Die Betreiber/innen der Dämme in den Cordilleras haben nicht aus den tödlichen Erfahrungen in Manila gelernt. Sie haben vor dem Sturm nur minimal Wasser abgelassen — je höher der Wasserspiegel desto mehr Elektrizität und desto mehr Umsatz. Der San Roque Damm, der Auffangbecken für drei weitere Dämme stromaufwärts ist, musste während der stärksten Regenfälle um drei Uhr nachts Wasser ablassen. Dies traf die meisten Menschen unvorbereitet und in völliger Dunkelheit. Hier behaupten die Betreiber, sie hätten die Provinzregierung informiert, und dies nachts um drei bei Stromausfall.

Die Frage bleibt, warum die Dämme gebaut werden konnten, ohne gleichzeitig Warnsysteme einzurichten.



Foto von Samakana, Bagong Silangan Quezon City

Warum keine klaren Richtlinien bestehen, wieviel Wasser vor einem Sturm abgelassen werden muss und warum die Verantwortlichen jetzt nicht zur Verantwortung gezogen werden und für die Schäden aufkommen müssen. Ein Vertreter der Cordillera People's Alliance äusserte sich hierzu: „Im Kampf gegen den San Roque Damm brachte uns der Protest um. Seit der Damm gebaut ist, raubt er uns das Wasser wenn unsere Felder es am nötigsten brauchen, und wenn wir es am wenigsten brauchen zerstört uns der Damm.“ Sogar ein Provinzregierungsvertreter gestand ein, dass der Damm Pangasinan nur Nachteile bringe.

Lokale Regierungen überfordert

Obwohl jede lokale Regierung laut Verordnung fünf Prozent ihres Budgets für Katastrophenhilfe einsetzen soll, waren die meisten überfordert mit der Situation. Sie hatten weder genügend Rettungsboote, noch Rettungsteams in Bereitschaft. Es existierten keine Evakuierungspläne, Lebensmittelvorräte oder Sicherheitspatrouillen, die vor Plünderungen schützten. Die grosse Frage ist: Wie wurde dieses jährliche Budget verwendet? Warum hat der nationale Katastrophenkoordinationsrat nicht schon längst Katastrophenbereitschaftskurse für lokale Beamte durchgeführt?

„Frauen sind nicht nur Opfer, sie sind auch Überlebende, die Familienmitglieder und Tiere retten. Sie wenden traditionelle Rezepte gegen Leiden an, spenden Trost und organisieren das Überleben. Diese Bemühungen werden in der Öffentlichkeit meist als Teil der Hausarbeit und der „natürlichen“ Rolle der Frauen angesehen und deshalb wird ihnen keine Beachtung geschenkt. Katastrophenhilfe ist eine Männerdomäne, in der Theorie wie in der Praxis, die Frauen marginalisiert und zu Empfängerinnen von Hilfeleistungen reduziert, was einer Entmachtung und Erniedrigung von Frauen gleichkommt.“

Elektrizitätswerke reagierten unzulänglich

Mehrere Menschen starben an Stromschlägen. In Tatalon, einem Armenviertel in Quezon City flüchteten die Menschen in die oberen Stockwerke ihrer behelfsmässigen Holzhütten, entlang eines Baches, der sich in einen reissenden Fluss verwandelte. Ein Kurzschluss verursachte ein Feuer. Den meisten gelang die Flucht über die Dächer, aber acht Kinder und eine schwangere Frau starben. In anderen Vierteln waren es BewohnerInnen, die sich auf Dächer geflüchtet hatten, die den Stromanbieter *Meralco* anriefen, er solle sofort den Strom abstellen, bevor die Fluten die Transformatoren erreichten.

Verantwortungslose Stadtplanung und Umweltzerstörung

Bereits 1977 finanzierte die Weltbank einen Stadtentwicklungsplan für Metromanila, der auf die Gefahr von Überschwemmungen im Marikinal hinwies und entsprechende Gegenmassnahmen vorsah, wie eine Flutrinne vom Lagunasee direkt ins Meer, ein Abwassersystem mit Rechen, die Ver-



Foto von Samakana, Bagong Silangan Quezon City

stopfungen verhindern sollen, sowie regelmässiges Entschlammten des Pasig- und Marikinaflusses. All dem wurde bei der Stadtentwicklung in den folgenden 30 Jahren keine Rechnung getragen. Die Bevölkerung in den Armenvierteln entlang der Flussufer muss jetzt am teuersten dafür bezahlen.

Die Parlamentsabgeordnete von GWP, Liza Maza, sagte in einem Interview, schuld an den Überschwemmungen und Erdbeben seien die massiven Abholzungen in der Sierra Madre und den Cordilleras sowie die Umweltzerstörung durch die grossen Bergbauminen. Die Regierung erteile derweil weiter bereitwillig Bergbau- und Abholzungskonzessionen ohne Umweltverträglichkeitsprüfung und sie unternehme nichts gegen den illegalen Holzschlag in den geschützten Waldbeständen der Sierra Madre. Dies alles führe dazu, dass die Stauseen sich schneller füllten und die Flüsse verschlammten. Die *Cordillera People's Alliance* forderte die Regierung kurz nach dem Sturm *Parma* auf, alle Bergbaukonzessionen auf Umweltverträglichkeit zu überprüfen und, wo nötig, zu entziehen. Es sei auffallend, wie viel mehr und schlimmere Erdbeben sich in Bergbauregionen ereigneten.

Kein Regierungsgeld für Katastrophenhilfe

Während die Präsidentin mit grossem Medienaufgebot die Tore des Präsidentschaftspalasts für ein paar 100 Flüchtlinge öffnete, grosszügig zwei Monatslöhne für die *Ketsana*-Opfer spendete (rund 2000 Euro) und andere hohe Regierungsleute aufforderte, dasselbe zu tun, befinden sich im staatlichen Katastrophenfond nur noch 27 Millionen Pesos (ca. 360.000 Euro). Mehr Geld müsste erst vom Senat und Kongress bewilligt werden. Die Regierung ruft derweil im In- und Ausland zu Spenden auf, ist aber selbst nicht bereit, notfallmässig Gelder bereit zu stellen. Wenn Verteilungen von Hilfsgütern durch die Regierung statt fanden, so waren diese nach Einschätzung zivilgesellschaftlicher Organisationen gekennzeichnet durch eine miserable Logistik, die auch zu Handgemengen führte. Mayang Taldo von *Isis*

International, die nach dem Sturm unermüdlich in ihrem Armenviertel Essen und Kleider an *Ketsana*-Opfer verteilte, berichtete, wie die Regierung Essenspakete von einem fahrenden Lastwagen herab verteilte. Es erhielten also nur diejenigen etwas, die es schafften, neben dem Lastwagen entlang zu rennen. Es ist anzunehmen, dass alleinerziehende, stillende oder schwangere Mütter, Kinder oder ältere und behinderte Personen auf diese Art benachteiligt wurden. An einem anderen Ort verlangten Regierungsbeamte 30 Pesos (ca. 50 Rp.) pro Essenspaket, von Leuten ohne reguläre Arbeit, die alles verloren hatten.

Kredite statt Starthilfe

Das Sozialministerium, die staatliche Pensionskasse und andere Stellen wie die *Overseas Workers Welfare Adiministration* (OWWA)³ bieten den Katastrophenopfern Kredite zu günstigen Konditionen an. Diese Kredite erhalten allerdings nur Menschen mit einer Sozialversicherungsnummer, d.h. Personen, die einen regulären Job haben. Die Mehrheit der betroffenen Menschen arbeitet jedoch im informellen Sektor und ist deshalb von diesem Angebot ausgeschlossen. Die philippinische MigrantInnenorganisation MIGRANTE kritisierte das Kreditangebot; die Leute müssten bei Null anfangen, sie bräuchten Starthilfe, keine Schulden.

„In der Katastrophenhilfe wird davon ausgegangen, dass Haushalte als geeinte, harmonische Kleinfamilien funktionieren, mit dem Mann als Ernährer und fairer Güterverteilung. Wir wissen, dass dies oft nicht der Realität entspricht, was die Situation der Frauen verschlimmert.“

Reaktion nur nach heftiger Kritik

Präsidentin Gloria Macapagal Arroyo sagte vor den Medien: „Ondoy (*Ketsana*) brachte uns an die Grenzen unserer Kapazität aber er hat uns nicht gebrochen.“ Viele Leute fragen sich, von welcher Kapazität Arroyo sprach, da es der Regierung noch nicht einmal gelang, die Abfallentsorgung zu koordinieren. Die Bewohner/innen säuberten mit Hilfe von Freiwilligen innerhalb weniger Tage ihre Viertel. Die Strassen waren gesäumt von stinkenden Abfall- und Schlammhaufen, die auf die Entsorgung warteten. Erst als von mehreren Seiten auf die Gefahr von Seuchen hingewiesen wurde, nahm der Katastrophenrat die Sache ernst. Ebenso wurde mit der Situation der mangelnden Toiletten in den Evakuierungszentren umgegangen, in denen sich bis zu 3.000 Personen ein WC teilten. Erst zwei Wochen nach *Ketsana* lancierte die Regierung einen Aufruf an Bauunternehmen, mobile Toiletten zur Verfügung zu stellen.

3 Die OWWA bietet Kredite für die Angehörigen von im Ausland arbeitenden Filipin@s (OFWs) an.

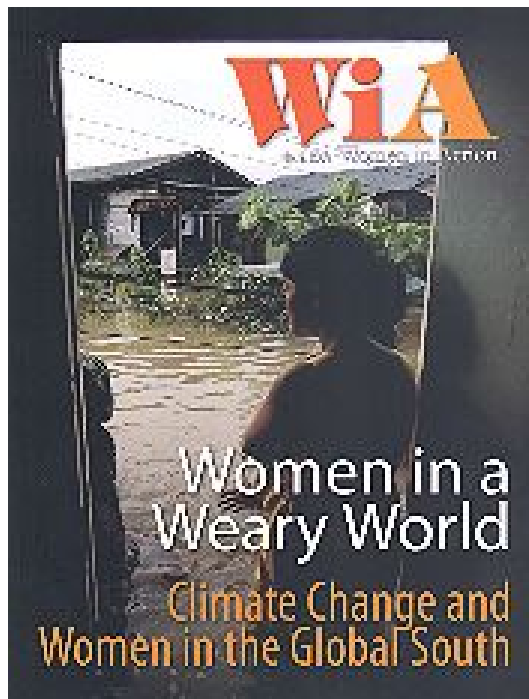
Effiziente Propaganda

Bei der Propaganda fehlt es der Regierung anscheinend nicht an Geld. Ende Oktober prahlten die städtischen Abfalllaster mit der Aufschrift „Wir säuberten Marikina in nur einem Monat.“ Die Regierung und viele PolitikerInnen fanden Zeit und Geld, Plastiksäcke mit ihrem Logo oder „*Gloria Macapagal Arroyo cares*“ (kümmert, sorgt sich) zu drucken. Auch fehlte ein grosses Plakat von wem die Hilfe kommt nie. In der Zivilgesellschaft kursierte der Witz, zuerst komme das Plakat, das die Hilfe der PolitikerInnen ankündige, ob die Hilfe selbst dann auch eintreffe, sei eine andere Frage.

Klimagerechtigkeit und Umweltbewusstsein

Ist es Zufall, dass, ausgerechnet während der grossen Klimakonferenz in Bangkok und in Vorbereitung auf den UNO-Klimagipfel im Dezember in Kopenhagen, in Asien und dem Pazifik eine Umweltkatastrophe die nächste jagte? Deutlicher könnten die Zeichen nicht sein, dass es eines sofortigen Stopps der rücksichtslosen Ausbeutung und Zerstörung der natürlichen Ressourcen bedarf und der Implementierung weit reichender Gegenmassnahmen.

„Vierorts gibt es hervorragende Projekte auf lokaler Ebene, in denen sich Frauen an der Katastrophenbereitschaft beteiligen, Teil des Wiederaufbaus sind und wichtige Massnahmen zum Erhalt der Umwelt ergreifen. (...) Diese Frauen sind Rollenvorbilder in ihren Gemeinden und Beispiele für andere Gemeinschaften. Durch die Projekte gewinnen die Frauen an Einfluss in der Familie und im öffentlichen Leben. Diese Initiativen auf lokaler Ebene stellen eine wichtige Alternative dar zum bürokratischen, hierarchischen Ansatz, der Ressourcen vor Ort und lokales Wissen ausser Acht lässt und bestehende Ungleichheiten festigt. Diese Alternativen helfen, die Auswirkungen von Katastrophen abzufedern.“



Das jüngste WIA, Women in Action Heft von Isis International zu Klimawandel und Frauen im Süden. www.isisinternational.org